

Januar 2018

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Die wichtigsten Ergebnisse	2
Flüchtlingsthematik bleibt wichtigste Aufgabe, doch geringere Brisanz als 2017	3
Umstrittenes Thema „Familiennachzug“	4
Große Koalition stößt auf geringere Akzeptanz als vor vier Jahren.....	5
Mehrheit für Kanzlerschaft Merkels, aber Zenit überschritten	7
Mehrheit wünscht personellen Neuanfang in der CDU, Zeitpunkt umstritten	9
Politikerbewertung: Gabriel weiterhin vor Özdemir und Merkel, Martin Schulz auf Rekordtief.....	10
Sonntagsfrage: Stabile politische Stimmung zum Jahresauftakt.....	11
Falls Regierungsbildung scheitert: Knappe Mehrheit für Neuwahl.....	13
Ansichten zur CSU: Wahlkampf in Bayern für CSU wichtiger als Bildung stabiler Bundesregierung	14

ARD – DeutschlandTREND Januar 2018

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Claudia Müller	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.006 Befragte Sonntagsfrage: 1.506 Befragte	
Erhebungszeitraum	2. bis 3. Januar 2018 Sonntagsfrage: 2. bis 3. Januar 2018	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Die wichtigsten Ergebnisse

Aus Sicht der Bürger bleibt die Flüchtlingspolitik auch im Jahr 2018 die wichtigste Aufgabe, allerdings hat das Thema im Vergleich zum Vorjahr an Brisanz verloren (27 Prozent, -13 Prozentpunkte). Auch in den am Sonntag beginnenden Sondierungsgesprächen zwischen Union und SPD wird die Flüchtlingspolitik ein zentraler Punkt sein, da ein Kompromiss in der Frage des Familiennachzugs gefunden werden muss. Das Meinungsbild in der Bevölkerung ist in dieser Frage nicht eindeutig: Knapp die Hälfte (48 Prozent, +6 Punkte im Vergleich zum Dezember 2017) der Bürger spricht sich dafür aus, den Familiennachzug für Bürgerkriegsflüchtlinge weiterhin auszusetzen, 41 Prozent fänden es besser, den Familiennachzug ab März wieder zu ermöglichen.

Für die Sondierungsgespräche sind sechs Tage veranschlagt, bereits am 21. Januar wollen die Sozialdemokraten bei einem Sonderparteitag über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen abstimmen. Eine Neuauflage der Großen Koalition stößt unter den Anhängern der Sozialdemokraten wie auch in der Bevölkerung insgesamt auf ein verhaltenes Urteil. Knapp die Hälfte der Bundesbürger (45 Prozent) bewertet eine Große Koalition derzeit als sehr gut oder gut, 52 Prozent kommen zu einem kritischen Urteil. Damit ist die Akzeptanz eines solchen Bündnisses deutlich niedriger als vor vier Jahren (66 Prozent im Oktober 2013). Eine erneute Kanzlerschaft Angela Merkels würde eine knappe Mehrheit der Bürger (53 Prozent) begrüßen, 45 Prozent sehen die Fortführung ihrer Kanzlerschaft hingegen kritisch. Eine Mehrheit der Deutschen (65 Prozent) beurteilt Angela Merkel zwar nach wie vor als gute Bundeskanzlerin, gleichzeitig sind zwei Drittel der Bürger (67 Prozent) der Ansicht, sie habe ihre besten Zeiten als Kanzlerin hinter sich. Drei Viertel (75 Prozent) der Bürger plädieren daher für eine personelle Erneuerung in der CDU – eine Meinung die auch im Lager der Union mehrheitlich (60 Prozent) geteilt wird. Unterschiedliche Ansichten gibt es jedoch über den geeigneten Zeitpunkt: Die Hälfte der Bürger (49 Prozent) würde begrüßen, wenn Angela Merkel die gesamte Legislaturperiode im Amt bleibt, fast ebenso viele (45 Prozent) plädieren hingegen dafür, dass sie vorzeitig für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin Platz macht.

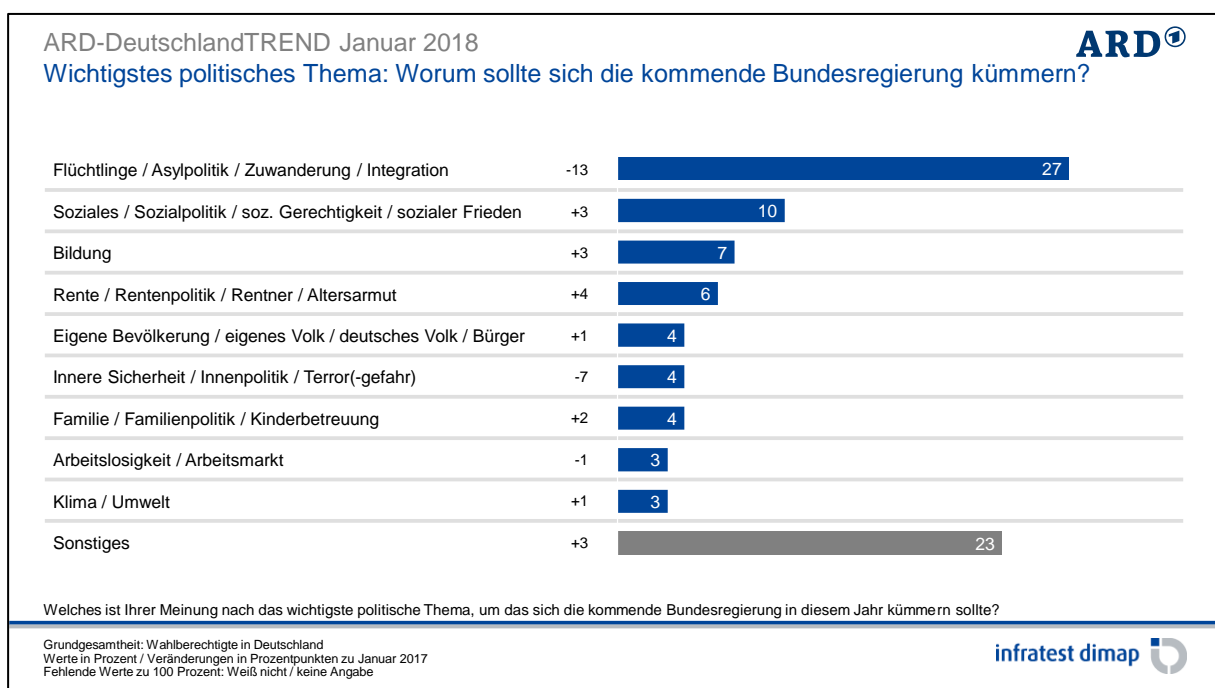
Die Politikerrangliste wird auch in diesem Monat von Außenminister Sigmar Gabriel angeführt (62 Prozent, -3), auf Platz zwei und drei folgen Cem Özdemir (53 Prozent, -4) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (52 Prozent, -2). Deutliche Ansehensverluste und ein Rekordtief verzeichnet der SPD-Vorsitzende Martin Schulz (30 Prozent, -9). Die politische Stimmung in Deutschland ist zum Jahresauftakt sehr stabil. Die Union käme aktuell auf 33 Prozent (+1 Punkt im Vergleich zu Anfang Dezember). Für die Sozialdemokraten würden sich unverändert 21 Prozent der Wähler entscheiden. Auch AfD (13 Prozent), Grüne (11 Prozent) und FDP (9 Prozent) halten ihre Stimmenanteile stabil. Die Linke käme derzeit auf 9 Prozent (-1 Punkt).

Sollten die Bemühungen von Union und SPD um eine Regierungsbildung scheitern, blieben alternativ die Bildung einer CDU/CSU-Minderheitsregierung oder Neuwahlen. Aktuell spricht sich eine knappe Mehrheit der Deutschen (54 Prozent, +9) für Neuwahlen aus, 42 Prozent plädieren für eine Minderheitsregierung. Vor dem Auftakt der Sondierungsgespräche auf Bundesebene und der CSU-Klausurtagung in Kloster Seeon gehen zwei Drittel (69 Prozent) der Bürger davon aus, dass für die CSU der Wahlkampf in Bayern wichtiger ist als die Bildung einer stabilen Bundesregierung.

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

Flüchtlingsthematik bleibt wichtigste Aufgabe, doch geringere Brisanz als 2017

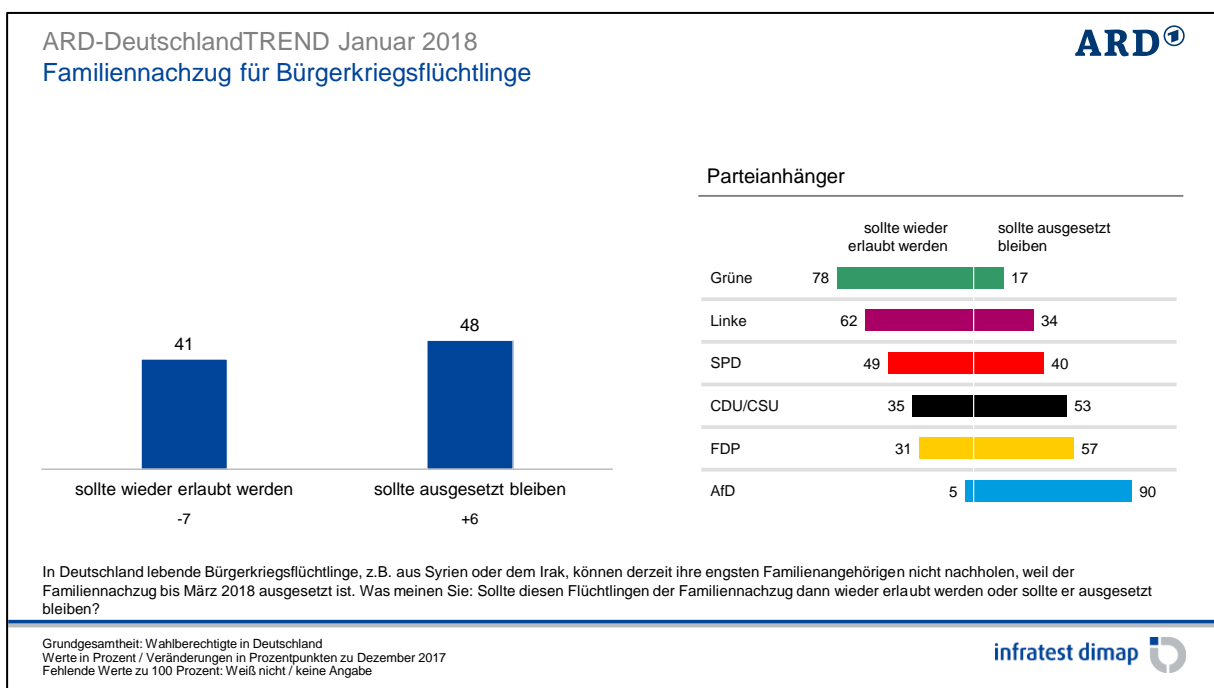
Aus Sicht der Bürger in Deutschland bleibt die Flüchtlingspolitik nach wie vor die wichtigste Aufgabe für die neue Bundesregierung. Ein gutes Viertel der Wahlberechtigten (27 Prozent) ist der Meinung, dass sich die künftige Bundesregierung vorrangig um die Themen Zuwanderung, Asyl und Integration kümmern sollte. Auch wenn dieses Thema nach wie vor im Vordergrund steht, ist es von deutlich geringer Brisanz als zum Jahresauftakt 2017 (-13 Punkte). Das zweiwichtigste Thema sind für die Bürger sozialpolitische Fragen und Fragen sozialer Gerechtigkeit. Sie stehen für 10 Prozent (+3 Punkte) im Vordergrund. Das Thema Bildung nennen 7 Prozent (+3), gefolgt von Rente und Altersarmut (6 Prozent, +4).



Innere Sicherheit und die Abwehr von Terror-Gefahren in Deutschland setzen 4 Prozent auf die Agenda, ein Minus von 7 Punkten im Vergleich zum Vorjahr. Anfang 2017 war die Terrorabwehr im Lichte des Anschlags am Breitscheidplatz noch das zweitwichtigste Thema.

Umstrittenes Thema „Familiennachzug“

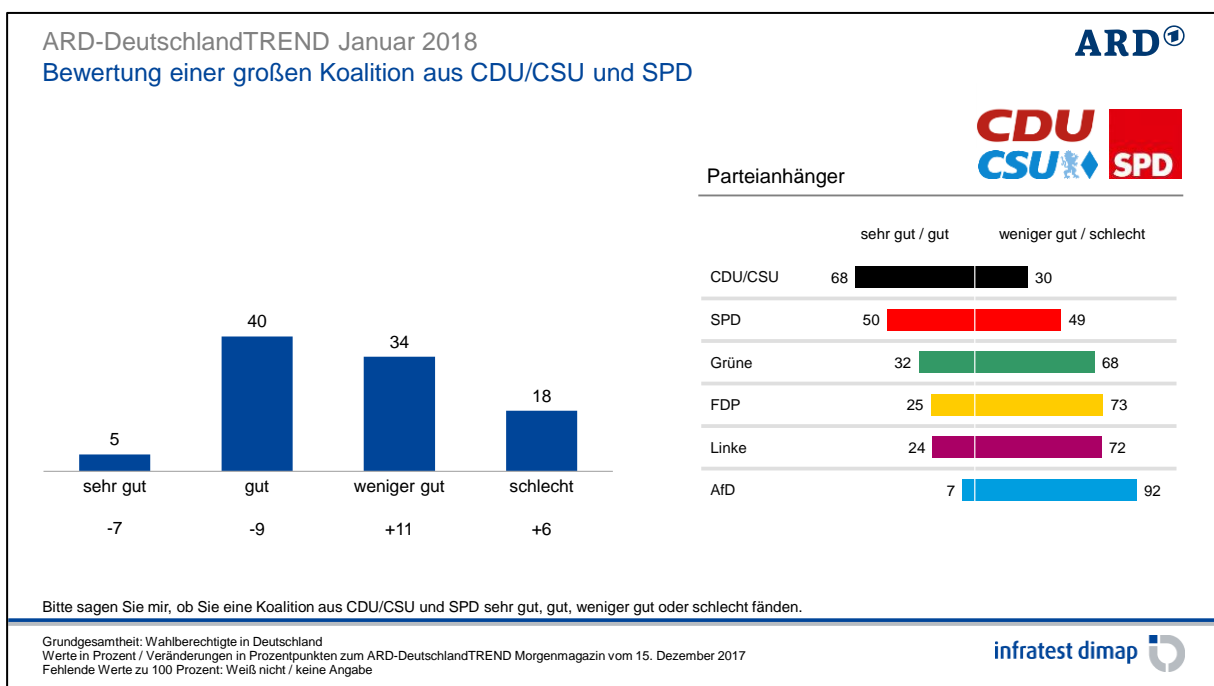
Bis März 2018 ist der Nachzug für Familienmitglieder von Bürgerkriegsflüchtlingen ausgesetzt. Die Frage des Familiennachzuges wird auch ein wichtiger Punkt in den Sondierungsgesprächen zwischen Union und SPD sein, da bei einer angestrebten Verlängerung der Beschränkungen bereits in der übernächsten Woche ein entsprechender Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht werden müsste. Das Meinungsbild in der Bevölkerung ist in dieser Frage nicht eindeutig, auch wenn eine restriktivere Haltung etwas häufiger als noch im Dezember vertreten wird: Knapp die Hälfte (48 Prozent, +6) spricht sich dafür aus, den Familiennachzug auch nach diesem Zeitpunkt auszusetzen, 41 Prozent fänden es besser, den Familiennachzug ab März wieder zu ermöglichen.



Mehrheitlich unterstützt wird der Familiennachzug insbesondere in den Reihen der Grünen (78 Prozent) und der Linken (62 Prozent). Im Lager der Union, der FDP und der AfD überwiegt die gegenteilige Meinung.

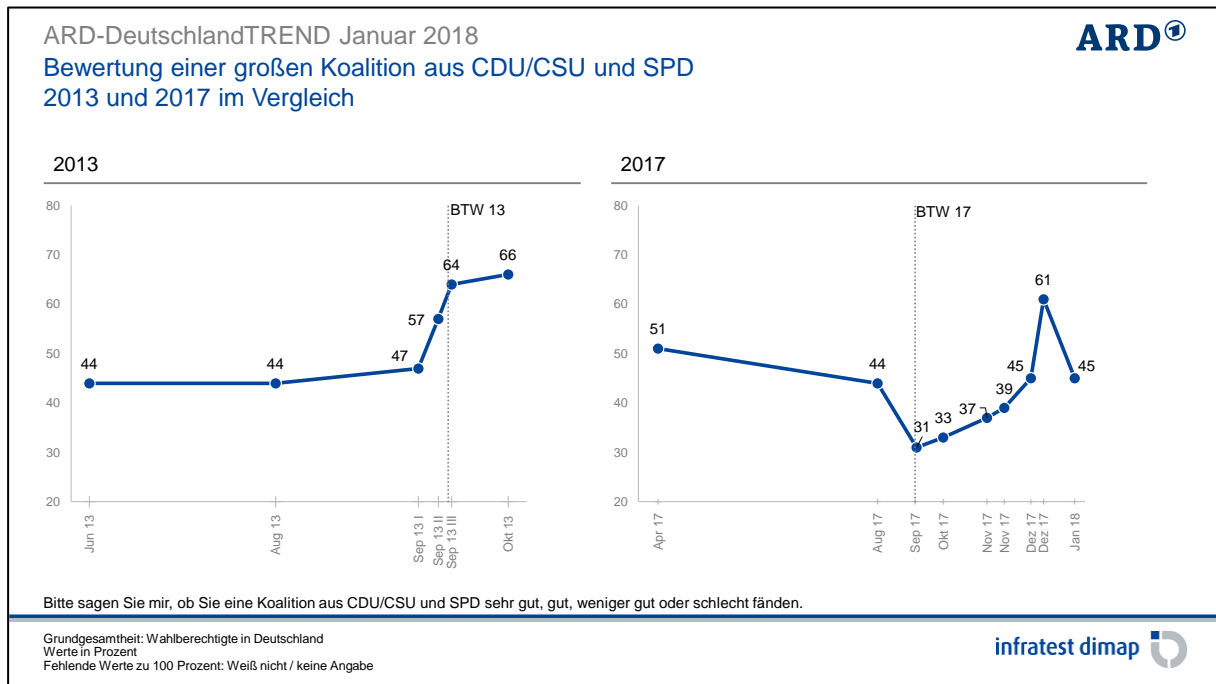
Große Koalition stößt auf geringere Akzeptanz als vor vier Jahren

Am Sonntag beginnen die Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU und SPD, um die Möglichkeiten für eine Regierungsbildung auszuloten. Die Union geht dabei mit dem Ziel einer stabilen Regierungsbildung in die Gespräche, während die SPD die Verhandlungen ergebnisoffen führen möchte. Für die Gespräche sind sechs Tage veranschlagt, bereits am 21. Januar wollen die Sozialdemokraten auf Basis der Sondierungsgespräche bei einem Sonderparteitag über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen abstimmen lassen. Eine Neuauflage der Großen Koalition stößt unter den Anhängern der Sozialdemokraten wie auch in der Bevölkerung insgesamt auf ein verhaltenes Urteil. Knapp die Hälfte der Bundesbürger (45 Prozent) bewertet eine Große Koalition derzeit als sehr gut oder gut, 52 Prozent kommen zu einem kritischen Urteil.



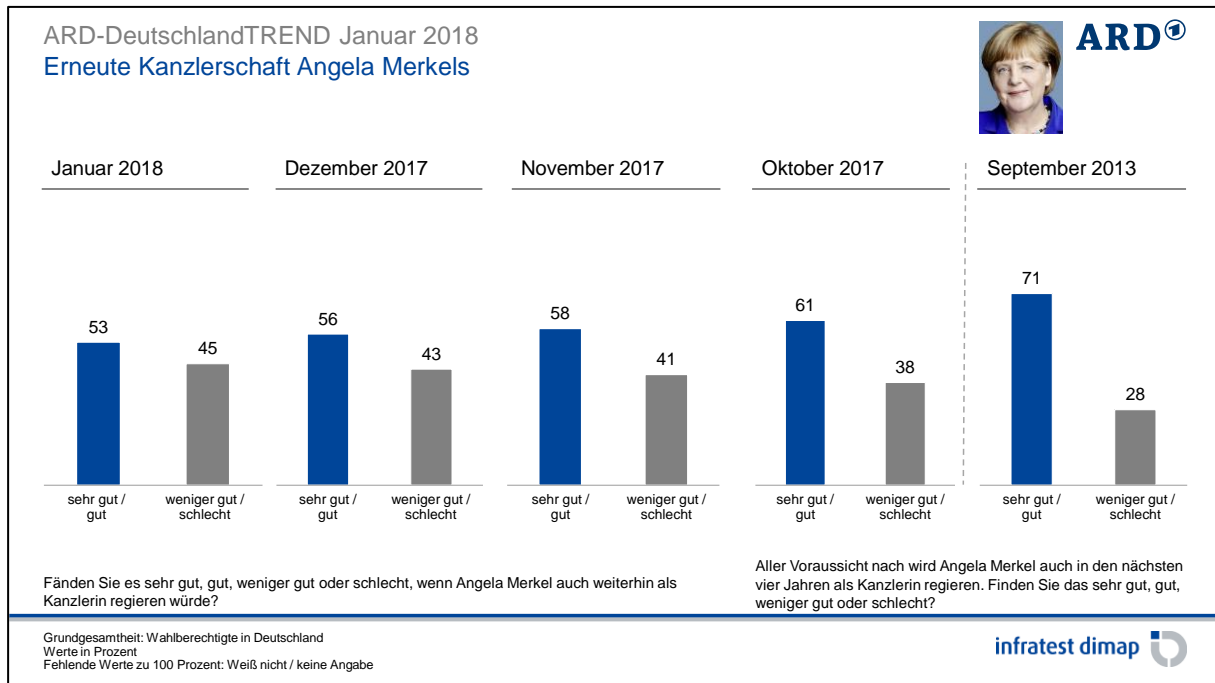
Auch im Lager der SPD ist das Meinungsbild gespalten: 50 Prozent unterstützen ein schwarz-rotes Regierungsbündnis, 49 Prozent äußern sich hingegen ablehnend. Damit ist der Rückhalt für eine Große Koalition unter den Anhängern der SPD nach wie vor deutlich niedriger als unter den Anhängern der Union, die sich zu 68 Prozent für eine Große Koalition aussprechen.

Nachdem die SPD auf ihrem Parteitag Anfang Dezember entschieden hat, in Sondierungsgespräche mit der Union einzutreten, war die Zustimmung zur Großen Koalition im Dezember kurzzeitig höher, bewegt sich nun aber wieder auf dem Niveau wie vor der Bundestagswahl. Im Vergleich zu vor vier Jahren hat Schwarz-Rot damit deutlich an Akzeptanz eingebüßt: Nach der Bundestagswahl 2013 bewerteten zwei Drittel der Deutschen (66 Prozent, vgl. ARD-DeutschlandTREND Oktober 2013) eine Regierungsbildung von Union und SPD als positiv.



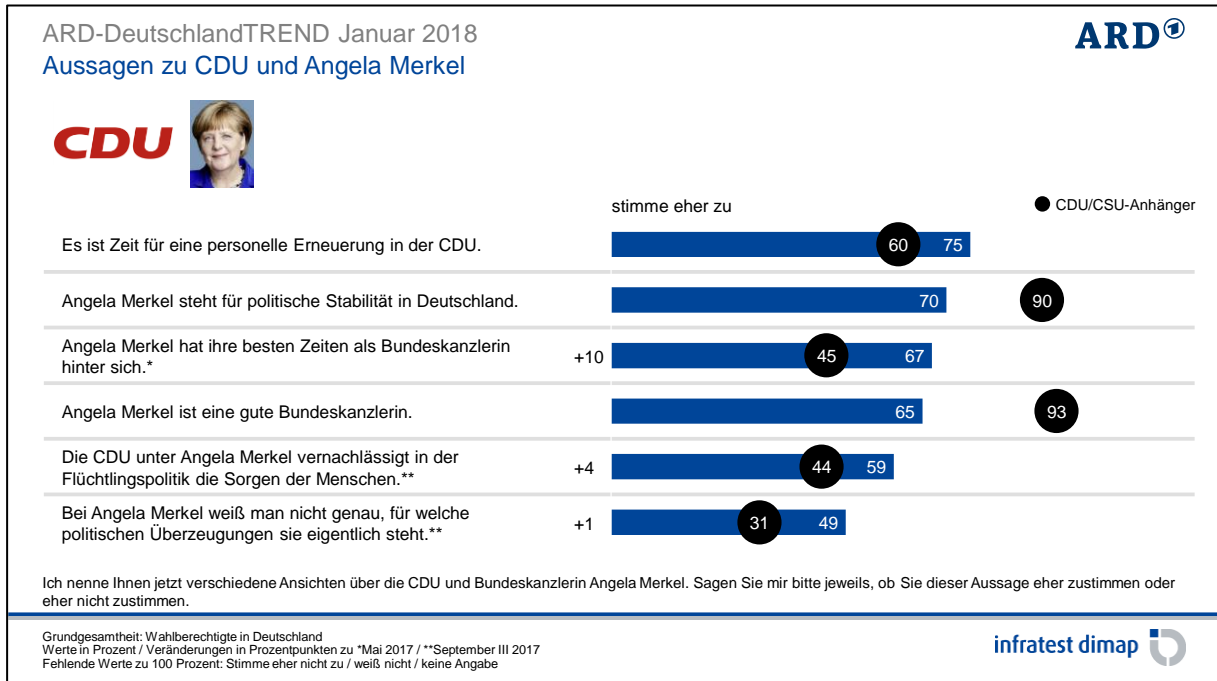
Mehrheit für Kanzlerschaft Merkels, aber Zenit überschritten

Eine erneute Kanzlerschaft Angela Merkels würde eine knappe Mehrheit der Bürger (53 Prozent) begrüßen, 45 Prozent sehen die Fortführung ihrer Kanzlerschaft hingegen kritisch. Die Unterstützung für die Kanzlerin ist damit seit der Bundestagswahl tendenziell rückläufig und deutlich niedriger als vor vier Jahren.



Eine Mehrheit der Deutschen beurteilt Angela Merkel zwar nach wie vor als gute Bundeskanzlerin (65 Prozent) und als Garant für politische Stabilität in Deutschland (70 Prozent). Gleichzeitig sind zwei Drittel der Bürger (67 Prozent) – und damit deutlich mehr als im Mai 2017 (+10 Prozentpunkte) – der Ansicht, Angela Merkel habe ihre besten Zeiten als Kanzlerin hinter sich.

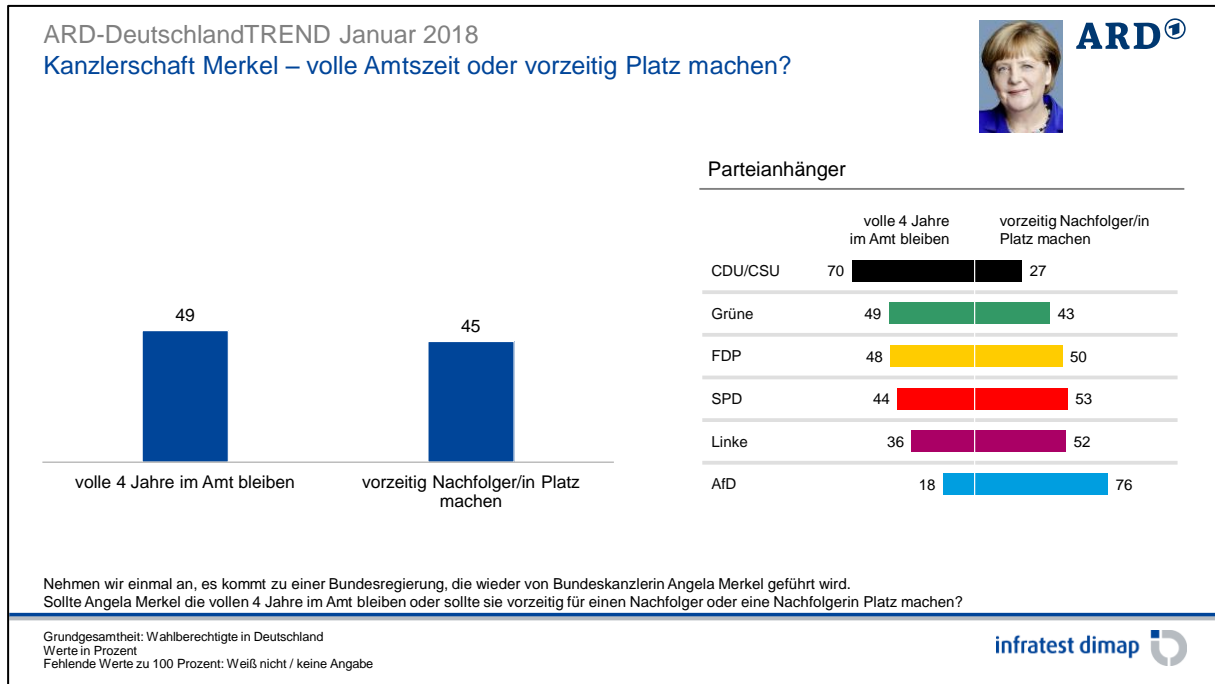
Inhaltlich kritisiert mehr als die Hälfte der Bürger, dass die CDU unter Angela Merkel die Sorgen der Menschen in der Flüchtlingspolitik vernachlässigt (59 Prozent, +4 im Vergleich zu September 2017). Eine unklare politische Positionierung der Bundeskanzlerin bemängelt ähnlich wie im Vorfeld der Bundestagswahl knapp die Hälfte der Deutschen (49 Prozent, +1 im Vergleich zu September).



Auch wenn die Unionsanhänger nahezu geschlossen (93 Prozent) Angela Merkel als gute Kanzlerin bewerten, sprechen sich gleichzeitig drei von fünf Unionsanhängern (60 Prozent) für eine personelle Erneuerung in der CDU aus.

Mehrheit wünscht personellen Neuanfang in der CDU, Zeitpunkt umstritten

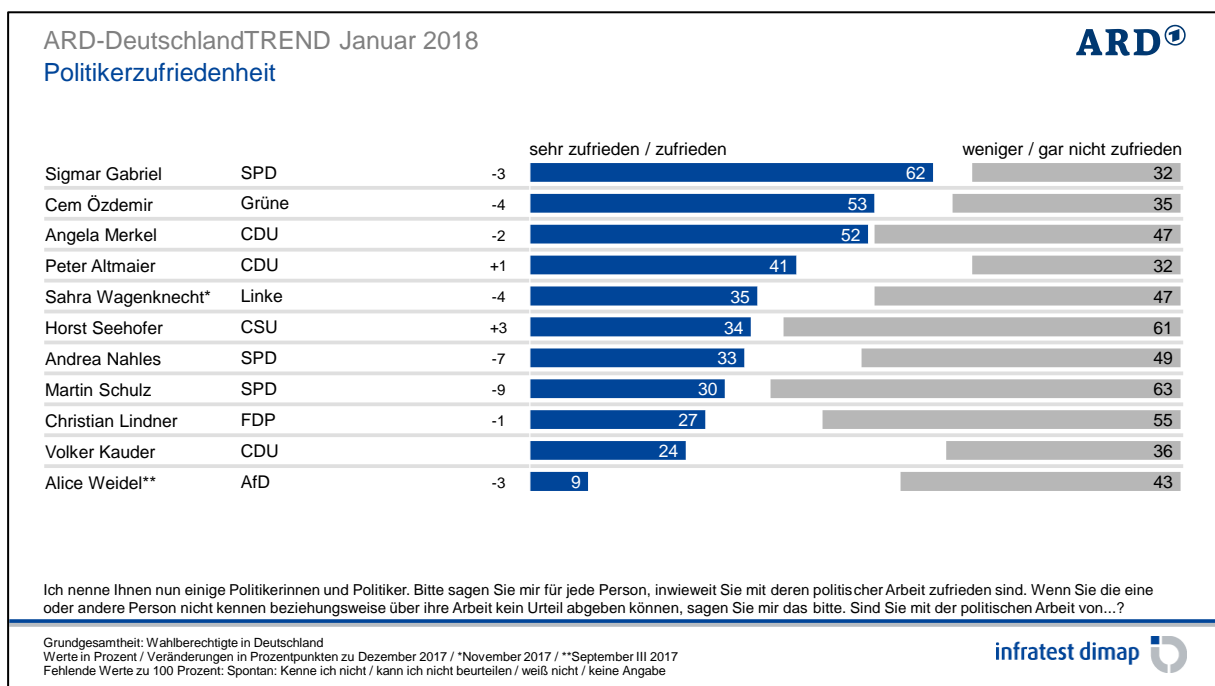
Auch wenn über die Notwendigkeit einer personellen Erneuerung in der CDU weitgehende Einigkeit besteht, gibt es unterschiedliche Ansichten über den geeigneten Zeitpunkt: Die Hälfte der Bürger (49 Prozent) würde begrüßen, wenn Angela Merkel die gesamte Legislaturperiode im Amt bleibt. Fast ebenso viele (45 Prozent) plädieren hingegen dafür, dass sie vorzeitig für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin Platz macht.



In den Reihen der Union ist die Präferenz für eine volle Amtsperiode Merkels deutlich höher, wenngleich auch hier ein gutes Viertel für ihren vorzeitigen Rückzug aus dem Kanzleramt plädiert (70:27 Prozent).

Politikerbewertung: Gabriel weiterhin vor Özdemir und Merkel, Martin Schulz auf Rekordtief

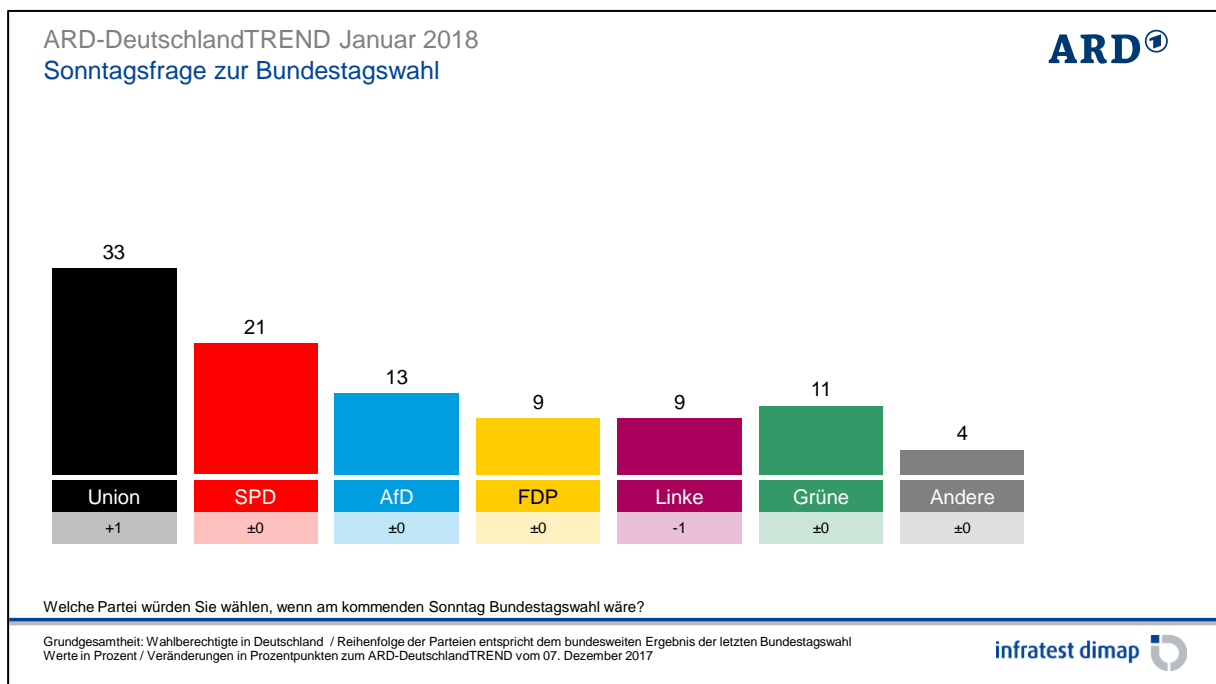
Zu Beginn des Jahres 2018 müssen einige Spitzenpolitiker deutliche Einbußen bei der Bewertung ihrer Leistung hinnehmen. Am stärksten trifft es den SPD-Vorsitzenden Martin Schulz, der ein Minus von 9 Punkten verzeichnet und mit 30 Prozent Rückhalt auf den viertletzten Platz der Beliebtheitskala absackt. Dies ist der niedrigste bisher für Schulz im ARD-DeutschlandTREND gemessene Wert. Angeführt wird die Politikerrangliste auch in diesem Monat von Außenminister Sigmar Gabriel (62 Prozent, -3). Auf Platz 2 folgt erneut der Parteivorsitzende der Grünen Cem Özdemir mit 53 Prozent Zustimmung (-4 Prozentpunkte). Bundeskanzlerin Angela Merkel rangiert mit 52 Prozent (-2 Prozentpunkte) äußerst knapp dahinter.



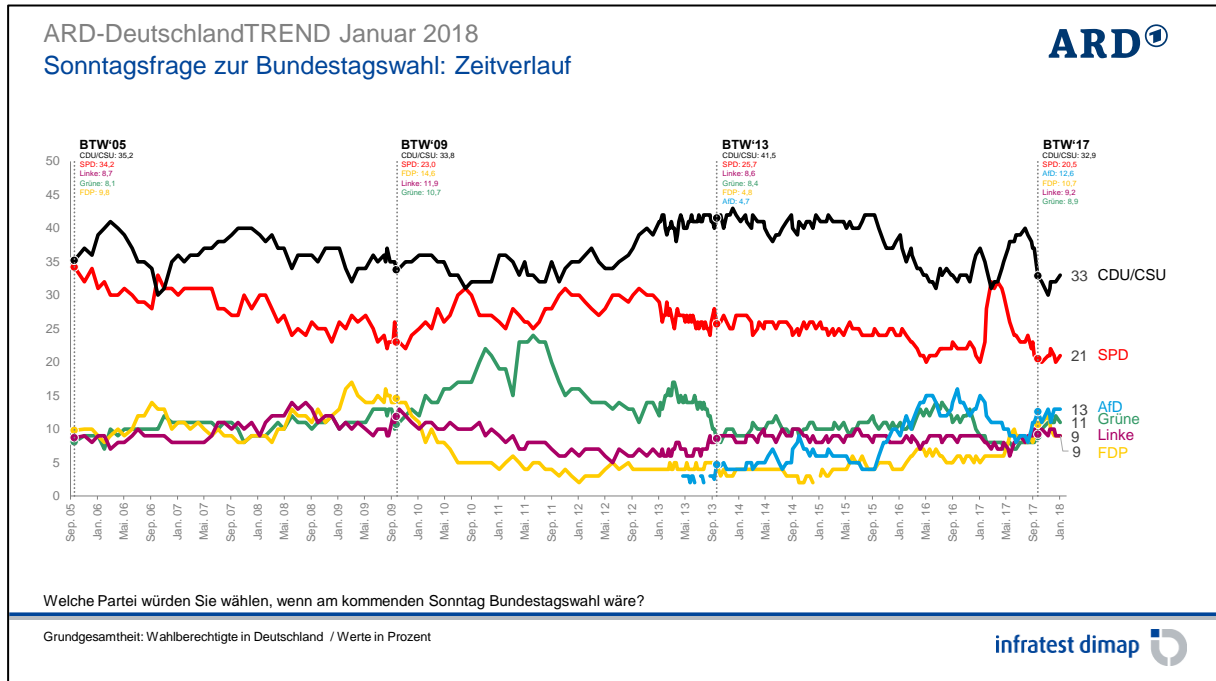
Das Mittelfeld wird angeführt von Kanzleramtschef Peter Altmaier, der nahezu unverändert zum Vormonat von 41 Prozent (+1 Prozentpunkt) für seine Leistungen gelobt wird. Ihm folgen die Fraktionsvorsitzende der Linken Sahra Wagenknecht (35 Prozent, -4) und der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer (34 Prozent, +3). Deutliche Ansehensverluste im Vergleich zu Dezember verzeichnet die Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten Andrea Nahles, die nunmehr von einem Drittel (33 Prozent, -7) für ihre Arbeit gelobt wird. Auch der Fraktionsvorsitzende der FDP Christian Lindner, der nach dem Scheitern der Jamaika Sondierungen deutlich an Ansehen verloren hat, kann seine Reputation nicht verbessern und verharrt auf einem ähnlichen Niveau wie im Vormonat (27 Prozent, -1). Der Fraktionsvorsitzende der Union Volker Kauder erhält Lob von 24 Prozent der Bürger. Auf dem letzten Platz landet die Fraktionschefin der AfD Alice Weidel, mit deren Arbeit nur knapp jeder Zehnte zufrieden ist (9 Prozent, -3).

Sonntagsfrage: Stabile politische Stimmung zum Jahresauftakt

Die politische Stimmung in Deutschland ist zum Jahresauftakt sehr stabil. Würde bereits am nächsten Sonntag ein neuer Bundestag gewählt, käme die Union auf einen Stimmenanteil von 33 Prozent, ein leichtes Plus von 1 Prozentpunkt im Vergleich zu Anfang Dezember. Für die Sozialdemokraten würden sich wie vor vier Wochen 21 Prozent der Wähler entscheiden. Auch AfD (13 Prozent), Grüne (11 Prozent) und FDP (9 Prozent) halten ihre Stimmenanteile konstant. Die Linke müsste im Vergleich zu Dezember einen Punkt abgeben und käme derzeit auf 9 Prozent. Alle anderen Parteien hätten zusammengenommen 4 Prozent in Aussicht.



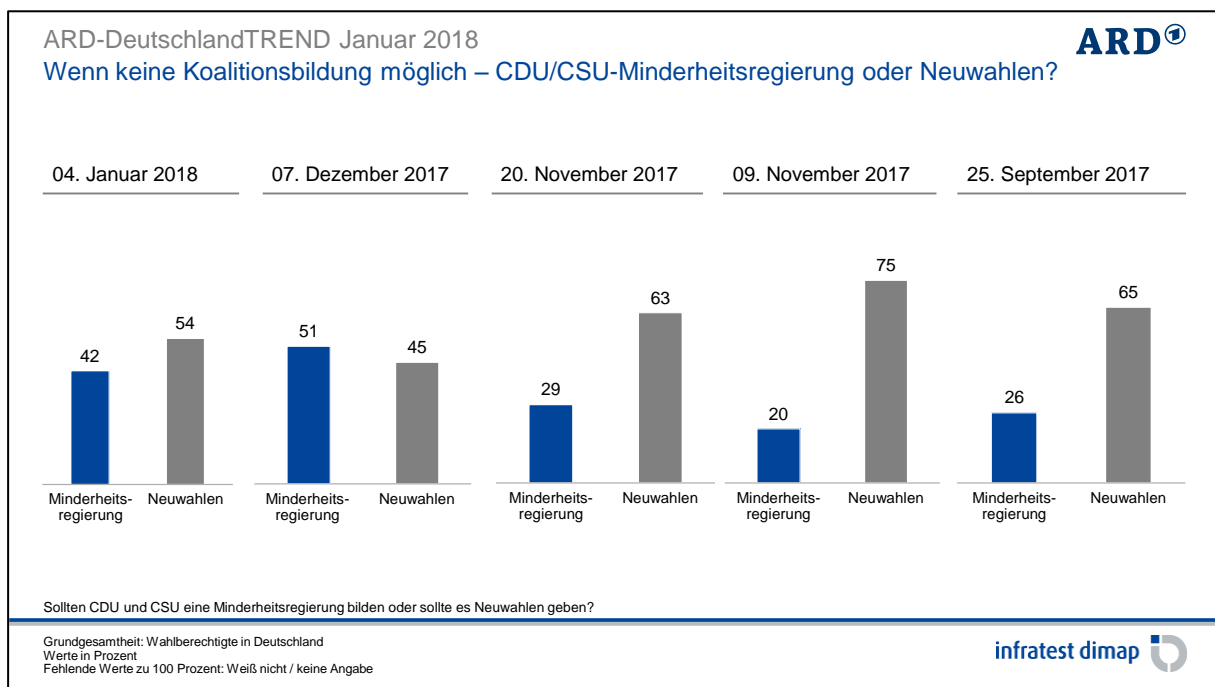
Im Vergleich zum Wahlergebnis aus dem September schneidet die FDP etwas schwächer und die Grünen etwas stärker ab. Bei allen anderen Parteien hat sich praktisch nichts geändert. Damit ergeben sich zum aktuellen Zeitpunkt auch keine neuen Koalitionsmöglichkeiten.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Falls Regierungsbildung scheitert: Knappe Mehrheit für Neuwahl

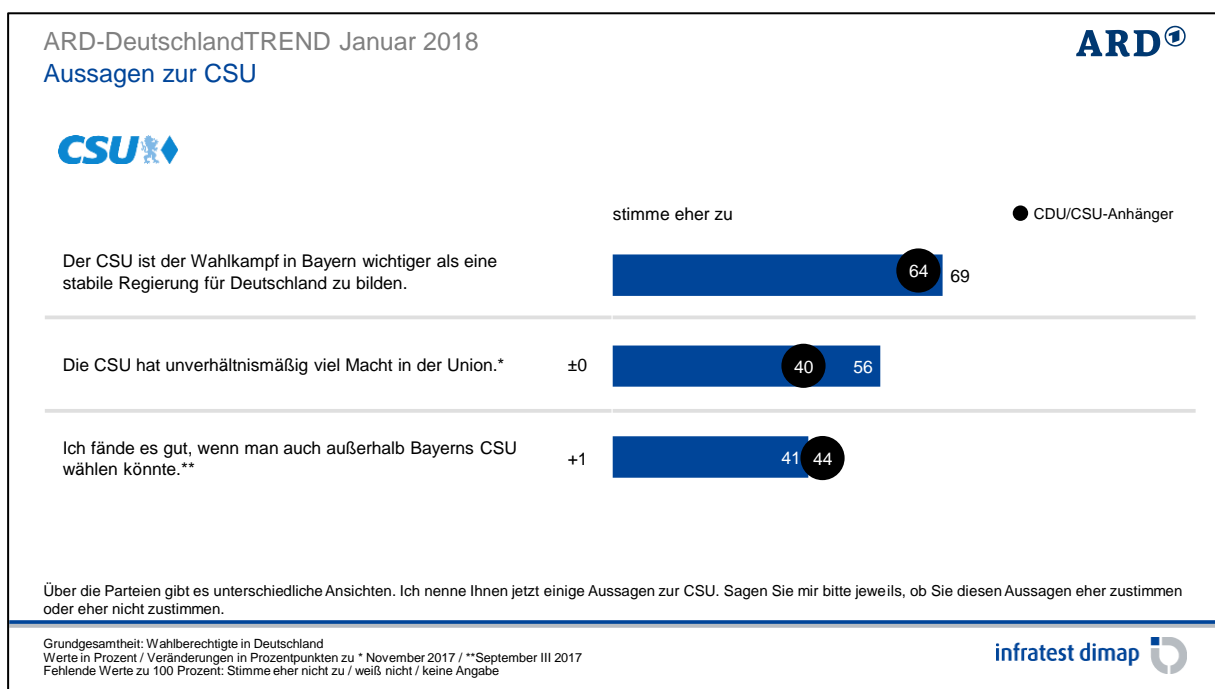
Sollten die Bemühungen von Union und SPD scheitern, blieben alternativ die Bildung einer CDU/CSU-Minderheitsregierung oder Neuwahlen. Aktuell spricht sich eine knappe Mehrheit der Deutschen für Neuwahlen aus (54 Prozent, +9), 42 Prozent plädieren für eine Minderheitsregierung. Auch wenn die Zahl derer, die eine Minderheitsregierung als gangbaren Weg erachten etwas niedriger ist als noch im Dezember, hat diese Alternative im Vergleich zu Herbst 2017 deutlich an Akzeptanz gewonnen.



In den Lagern aller Parteien, mit Ausnahme der Grünen, finden sich derzeit mehr oder minder deutliche Mehrheiten für Neuwahlen.

Ansichten zur CSU: Wahlkampf in Bayern für CSU wichtiger als Bildung stabiler Bundesregierung

Vor dem Auftakt der Sondierungsgespräche auf Bundesebene und der CSU-Klausurtagung in Kloster Seeon glaubt eine Mehrheit der Deutschen nicht, dass die Bildung einer stabilen Bundesregierung für die CSU höchste Priorität hat. Zwei Drittel (69 Prozent) gehen davon aus, dass ihr der Wahlkampf in Bayern wichtiger ist, als eine stabile Regierung für Deutschland zu bilden. Dieser Einschätzung stimmt auch die Mehrheit der Unionsanhänger (64 Prozent) zu. Dabei kritisiert gut die Hälfte der Bürger (56 Prozent), dass die CSU unverhältnismäßig viel Macht in der Union hat. Auch in den Reihen der Unionsanhänger halten dies 40 Prozent für zutreffend.



Schon vor Jahrzehnten hatte der frühere CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß eine bundesweite Ausdehnung der CSU ins Gespräch gebracht. Vier von zehn Bundesbürger (41 Prozent) fänden es gut, wenn man auch außerhalb Bayerns die CSU wählen könnte, eine Mehrheit von 54 Prozent sieht dies eher kritisch.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert